

Synagoge in der Danilowiczowska-Straße (Flatau) über die Polnische Synagoge von 1826 in der Nalewski-Straße (Antoni Eisenbaum) bis zur Errichtung der großen Synagoge der liberalen Gemeinde in den siebziger Jahren des 19. Jhs. Die Verfeinerung der Volkszählungsmethoden in den letzten zwanzig Jahren des 19. Jhs. gaben Stephen D. Corrsin die Möglichkeit, auf der Basis der Zählungen von 1882 und 1897 ein genaueres Bild über die konfessionelle und ethnische Zusammensetzung der polnischen Bevölkerung im Hinblick auf ihren jüdischen Anteil zu liefern (*Aspects of Population Change and of Acculturation in Jewish Warsaw at the End of the Nineteenth-Century: The Censuses of 1882 and 1897*, S. 212 ff.). Schließlich wird noch von Chone Shmeruk ein Spezialaspekt herausgestellt, dem angesichts einer heute in Polen verschwundenen Kultur besondere Bedeutung zukommt: *Aspects of the History of Warsaw as a Yiddish Literary Centre* (S. 232 ff.).

Die Reihe der Beiträge über die jüngere Vergangenheit, denen in vorliegendem Band insgesamt nicht das gleiche Gewicht wie denen über die Aufklärungs- und Emanzipationszeit zukommt, wird durch die beiden Aufsätze Piotr Wróbel's über „Jewish Warsaw before the First World War“ (S. 246 ff.) und „The First World War: The Twilight of Jewish Warsaw“ (S. 278 ff.) eröffnet. Er bietet für die behandelte Zeitspanne, vor allem seit den achtziger Jahren des 19. Jhs., die mit dem neu erstarkenden Antisemitismus im russischen Machtbereich (in anderer Ausprägung als in Mittel- und Westeuropa) und dem Beginn der organisierten zionistischen Bewegung ein spezifisches Gepräge aufweist, detailliertes statistisches Material, aber auch Informationen zu den politischen Ereignissen der Zeit. Nahtlos schließt sich daran der Beitrag von Edward D. Wynot Jr. über „Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw“ an (S. 291 ff.), dem es in gleicher Weise um eine statistische Untermuerung der religiösen, ethnischen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung Warschaus im Rahmen der Gesamtgesellschaft geht. Dem erstgenannten Herausgeber schließlich, einem ausgezeichneten Kenner der Materie, ist ein den Abschnitt „Historiographie“ abschließender Beitrag über die Zeit der deutschen Besatzung zu verdanken (*The Martyrdom and Struggle of The Jews in Warsaw under German Occupation 1939–43*, S. 312 ff.). Ergänzt wird er durch einen kleinen Beitrag Israel Gutmans über „Emanuel Ringelblum, The Chronicler of the Warsaw Ghetto“ (S. 351 ff.). Etwas außerhalb der Reihe steht der letzte Aufsatz des Bandes über den Historiker Jacob Shatzky von Robert Moses Shapiro (S. 363 ff.).

Durch das Gesamtregister schließlich wird der Leser in die Lage versetzt, den Band auch als Nachschlagewerk zu benutzen; ein Literatur- und Quellenverzeichnis fehlt zwar, doch sind alle Beiträge durch einen detaillierten Anmerkungsapparat wissenschaftlich so gut eingebettet, daß die Überprüfung der Einzelthesen und Aussagen leicht möglich wird.

Darmstadt

J. Friedrich Battenberg

Bernadette Smyrek-Ourtani: Das ländliche Genossenschaftswesen in Polen. Von der polnischen Teilung bis zur Gegenwart. (Veröff. des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg.) Verlag Weltarchiv, Hamburg 1990. 184 S. DM 59,—

Von vornherein ist kaum zu erwarten, daß eine Untersuchung im Umfang von knapp 200 Seiten dem hochgesteckten Anspruch ihres Titels: „Das ländliche Genossenschaftswesen in Polen. Von der polnischen Teilung bis zur Gegenwart“ darzustellen, gerecht zu werden vermag. Das zeigt sich vor allem bezüglich der auf weniger als acht Seiten abgehandelten Geschichte der polnischen Genossenschaften während ihrer 125jährigen Zugehörigkeit zu den Staaten der Teilungsmächte (S. 23–31) ebenso wie hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung im wiedererstandenen Polen während der 20jährigen Zwi-

schenkriegszeit, deren Darstellung nur sechs Seiten in Anspruch nimmt (S. 31–37). Über drei Viertel des Werkes sind dagegen dem Hauptthema gewidmet, nämlich der „Entwicklung (der bäuerlichen Selbsthilfeorganisationen) in der Volksrepublik Polen“ (S. 37–155).

Aufgrund der Erkenntnis, daß Art und Umfang genossenschaftlicher Betätigung von den jeweiligen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängen, wird zunächst der durch ein ständiges Ringen zwischen sozialistischen und liberalen Kräften gekennzeichnete äußerst wechselvolle Verlauf der polnischen Nachkriegsgeschichte geschildert (S. 37–70). Bereits vor Kriegsende hatte ein von Kommunisten beherrschtes „Nationales Befreiungskomitee“ im sogen. „Lubliner Manifest“ (S. 38f.) die Grundsätze künftiger Agrarpolitik proklamiert, die eine Agrarreform zugunsten (privater!) kleinbäuerlicher Betriebe vorsah. Tatsächlich gingen durch Schaffung von 814000 neuen Höfen und Landzulagen an 254000 bestehende Betriebe mehr als 6 Millionen ha Land in bäuerliches Privateigentum über! Doch schon im Jahre 1948 (nach dem Zusammenschluß der Arbeiterpartei mit der Sozialistischen Partei zur „Verinigten Arbeiterpartei“) wird die Kollektivierung der Landwirtschaft zum beherrschenden Ziel der polnischen Agrarpolitik: Durch hohe Ablieferungsverpflichtungen zu niedrigen Preisen und zahlreiche weitere Repressalien wurden nun die Bauern zur Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) gedrängt, während das (eigentliche) Genossenschaftswesen mehr und mehr zu einem Instrument der zentralen Planwirtschaft umfunktionierte wurde.

Die wirtschaftlichen Mißerfolge der Zwangskollektivierung lösten jedoch im Herbst 1956 (unter Gomułka als 1. Sekretär des Zentralkomitees) Liberalisierungstendenzen aus, welche die alsbaldige Auflösung von 8700 LPG zur Folge hatten. Die privaten Bauern erhielten nunmehr eine berufsständische Vertretung durch die Bildung „Landwirtschaftlicher Zirkel“ (LZ) aufgrund der Statuten von 1958.

Obwohl während der siebziger Jahre die Bemühungen, privates in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, wieder verstärkt hervorgetreten waren, gewannen im darauf folgenden Jahrzehnt das Streben nach politischem und gewerkschaftlichem Pluralismus sowie die Forderung nach Gleichberechtigung aller Wirtschaftssubjekte mehr und mehr die Oberhand, bis schließlich im Jahre 1989 erstmals ein nicht kommunistischer Ministerpräsident (M. Rakowski) an die Spitze der Regierung berufen wurde (S. 63).

Mit den Auswirkungen des ständigen Wandels der gesellschaftspolitischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten und Aktivitäten der verschiedenen Selbsthilfeorganisationen befaßt sich das 4. Kapitel (S. 71–112), gefolgt von einer detaillierten Zusammenstellung ihrer Ende der achtziger Jahre in Polen bestehenden Gestaltungsformen in Kapitel 5 (S. 113–158). Neben kleineren Zusammenschlüssen privater Bauern zur Durchführung bestimmter Aufgaben (wie z. B. Meliorationen, Almendenutzung, Waldbewirtschaftung usw.), handelt es sich dabei um Genossenschaften im traditionellen Sinne (also Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Kreditgenossenschaften usw.). Nicht zuzustimmen ist der Vf. in allerdings darin, daß sie auch die Produktions-„genossenschaften“ LPG (offensichtlich ihres Namens wegen!) der Gruppe der landwirtschaftlichen Genossenschaften zuordnet (S. 136–140), obwohl die LPG selbständige Unternehmen sind, während für die „echte“ Genossenschaft ihr Charakter als Hilfsorganisation landwirtschaftlicher Betriebe (ihr Förderauftrag) kennzeichnend ist (vgl. die Begriffserklärung auf S. 19f.). Ebenso wenig gehören die Landwirtschaftlichen Zirkel (LZ) dazu; sie sind Berufsständische Vereinigungen.

Ein Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Selbsthilfeorganisationen der polnischen Landwirtschaft (Kap. 6) und eine kurze Zusammenfassung (Kap. 7) beschließen die Ausführungen, die – obwohl schon vor dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa niedergeschrieben – durchaus nicht als von den Ereignissen überholt

bezeichnet werden können: Sind doch die für die endgültige „Wende“ in Polen maßgebenden Entscheidungen (wie das Genossenschaftsgesetz vom 16. 9. 1982 [S. 90–96], die Bestimmungen über die Berufsorganisationen [S. 96–100] sowie das Gesetz vom 20. 7. 1983 betreffs Änderung des Art. 15 der Verfassung, dessen Absatz 3 folgende Fassung erhielt: „Der Staat betreibt Fürsorge für die individuellen landwirtschaftlichen Familienbetriebe der arbeitenden Bauern, garantiert die Dauerhaftigkeit ihrer Betriebe ...“ usw. [S. 87f.]) schon im Verlauf der achtziger Jahre getroffen worden.

Freising

Hans-Heinrich Herlemann

Wyższe uczelnie polskie na ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej. [Polnische Hochschulen in den Ostgebieten der Rzeczpospolita.] (Polskie Towarzystwo Naukowe na Obczyźnie.) Veritas Foundation Press. London 1989. 120 S., Abb.

Unter dem Titel „Polnische Hochschulen in den Ostgebieten der Rzeczpospolita“ werden hier vier Abhandlungen über die Geschichte der beiden Universitäten und das Polytechnikum in Lemberg und Wilna vorgelegt. Eröffnet wird die Reihe durch einen Artikel über die ehemalige Lemberger Hochschule, deren Geschichte von den Anfängen im 17. Jh. bis zur Auflösung durch die Nazi-Besatzung im Jahr 1941 weitgehend chronologisch aufgelistet wird. Aufgelistet deshalb, weil sich der Vf. Władysław Skiba nicht die Mühe macht, mehr mitzuteilen als die äußeren Ereignisse, bauliche Veränderungen, die Namen der wichtigsten Professoren sowie die zahlenmäßige Bestandsentwicklung der Universitätsbibliothek. Es geht ihm wie den Autoren der restlichen Abhandlungen vor allem darum, dem Leser den unzweifelhaft polnischen Charakter dieser Lehrinrichtungen vor Augen zu führen – „ad maiorem Dei et Reipublicae gloriam“, wie etwa Bohdan Podoski in seinem Traktat über die Wilnaer Universität anführt. Während letzterer die politischen und andere Zeitumstände zumindest andeutet, die wissenschaftlichen Leistungen einzelner Professoren und die Verdienste von Rektoren wenigstens anreißt, sind die Darstellungen über die Lemberger Universität und das in der galizischen Metropole 1844 gegründete Polytechnikum äußerst oberflächlich und ungenügend. Daß die Lemberger Alma mater am Ende des 18. Jh. ein wichtiges Zentrum der Aufklärung war, welche Rolle sie etwa als akademische Einrichtung auch für den nichtpolnischen Teil der galizischen Bevölkerung gespielt hat etc., wird mit keinem Wort erwähnt.

Der Wilnaer Universität und ihrer Bedeutung für die Region wird – wie gesagt – etwas mehr Raum eingeräumt, nicht nur für ihre frühe Geschichte. Hier erfährt man zumindest auch, daß an ihr vor dem Zweiten Weltkrieg 27% der Studierenden Juden, Russen, Weißrussen, Litauer und Angehörige anderer Völker waren und daß zunächst die Absicht bestanden habe, an der humanistischen Fakultät auch ein Hebräisch-Lektorat einzurichten; auch daß dieses Unterfangen am widrigen Zeitgeist gescheitert sei, findet Erwähnung.

Im übrigen bleiben die Beiträge deutlich hinter den Erwartungen zurück, die der Titel des Bändchens zunächst erweckt. Warum dies so ist, machen die einleitenden Sätze des Redakteurs Jan Marcinkiewicz klar, dessen Zielvorgabe expressis verbis auch von den anderen Autoren geteilt wird. Es geht ihnen weniger um eine adäquate Darstellung der wechselhaften, ereignisreichen Geschichte jener Institutionen, die diese wahrlich verdienten, als vielmehr darum, „unter uns und den anderen das Bewußtsein aufrechtzuerhalten über unsere unveräußerlichen Rechte zur Wiedergewinnung Lembergs und Wilnas“ (S. 5).

Heidesheim

Rudolf A. Mark